



Berlin, den 24. November 2008

PRESSEMITTEILUNG

BFW-Konjunkturumfrage Herbst 2008

Unternehmerische Immobilien- und Wohnungswirtschaft im Schatten der Finanzkrise – 30 % der Unternehmen werden Mitarbeiterzahl 2009 verringern

Die deutsche Immobilien- und Wohnungswirtschaft steht im Zeichen der Finanzkrise. Für 2009 rechnen mehr als zwei Drittel der Branche mit einer Verschlechterung der Gesamt-Geschäftslage. Dies geht aus der aktuellen Konjunkturumfrage des BFW Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, Spitzenverband der privaten und unternehmerischen Immobilienwirtschaft, unter 1.600 Mitgliedsunternehmen hervor.

Die Ausprägungen der Krise werden insbesondere in den Kreditgeschäften für Unternehmen spürbar. Der in den letzten Wochen immer wieder diskutierte Trend „Grundbuch statt Sparbuch“ wird von den Unternehmen in der Breite nicht bestätigt: Zwar sehen 27 % eine erhöhte Nachfrage nach Wohneigentum. Knapp die Hälfte (44 %) spürt aber eher einen Nachfragerückgang. „Hier muss differenziert werden zwischen gut nachgefragten Ballungsgebieten und ländlichen Regionen“, erläutert BFW-Präsident Walter Rasch. Problematisch ist auch die erwartete Entwicklung der Mitarbeiterzahlen: Rund 30 % der Immobilienunternehmen werden 2009 voraussichtlich ihre Mitarbeiterzahl verringern. Noch im Frühjahr diesen Jahres belief sich diese Zahl auf gerade einmal 10 %.

„Die Kreditkrise ist für die immobilienwirtschaftlichen Akteure inzwischen deutlich spürbar. Für einen Großteil, konkret 43 % der befragten Unternehmen, haben sich die Zinskonditionen bereits merklich verschlechtert. Für über 30 % ist es überhaupt deutlich schwerer geworden, Finanzierungen abzuschließen“, konstatiert BFW-Präsident Walter Rasch. Betroffen seien insbesondere Projektentwickler und Bauträger. Dieser Teil der Branche sei neben der erschwerten Finanzierung auch gebeutelt von der Zinsschranke und gestiegenen Baukosten. „Wir appellieren an die Bundesregierung, Banken nicht nur Bürgschaften zur Verfügung zu stellen, sondern diese gleichzeitig unter die Auflage zu stellen, dass Finanzierungsmittel auch an Unternehmen und Endkunden im Kreditgeschäft weitergereicht werden. Es ist inakzeptabel, dass Gelder zwar in Anspruch genommen werden, nicht aber an den Markt weitergegeben werden.“

Zudem forderte der BFW-Präsident, verstärkt finanzielle Mittel für die Arbeitsplatzsicherheit zur Verfügung zu stellen. Die Kleinen und Mittelständischen Unternehmen seien mit rund 40 % des deutschen Gesamtumsatzes und 70 % der Arbeitsplätze in Deutschland der Motor unserer Volkswirtschaft. Denkbare Investitionsimpulse seien reduzierte Mehrwertsteuersätze, die Wiederaufnahme der degressiven AfA oder die Einführung alternativer steuerlicher Anreize zur Stärkung des Wohnungsneubaus in Wachstums- und Zuzugsregionen. Auch sei an verstärkte Zuschussvarianten der KfW-Bank zu denken, da diese schneller wirkten als die zinsverbilligten KfW-Kredite.

Grafiken zur Konjunkturmfrage stehen im Anhang zur Verfügung.

Kontakt

Miriam Herke
Pressesprecherin

Kurfürstendamm 57
D-10707 Berlin
Tel. +49 (0)30 32781 - 110
Fax +49 (0)30 32781 - 299
E-Mail: presse@bfw-bund.de
Internet: www.bfw-bund.de

Dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Spitzenverband der unternehmerischen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitglieder und verbundene Unternehmen an. Sie verwalten momentan einen Wohnungsbestand von rund 3,2 Millionen Wohnungen sowie Gewerberäume von insgesamt 10,4 Millionen Quadratmeter Nutzfläche.

Anhang: Pressegrafiken zur BFW-Konjunkturmfrage Herbst 2008

